

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.412.741

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)6885/J-NR/2021

Wien, am 26. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen haben am 8. Juni 2021 unter der Nr. **6885/J-NR/2021** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Zahlungsverweigerungen wegen Maskentragens“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- 1. Sind Ihrem Ressort Fälle bekannt, in denen Versicherungsunternehmen Zahlungen in Schadensfällen, die im Zusammenhang mit dem Tragen von Atemschutzmasken stehen, verweigerten?
 - a. Wenn ja, wie viele solcher Fälle hat es seit Beginn der COVID-19-Pandemie gegeben?
 - b. Wie viele gerichtliche Verfahren hat es in diesem Zusammenhang seit Beginn der COVID-19-Pandemie gegeben?
- 2. Ermittelt die Justiz in diesem Zusammenhang gegen Versicherungsunternehmen?
 - a. Wenn ja, in wie vielen Fällen?
 - b. Wenn ja, aus welchem strafrechtlich relevanten Verdacht wird ermittelt?

Weder mir noch den einschlägigen Fachabteilungen meines Hauses sind die in der Anfrage rezeivierten Fallkonstellationen bekannt, noch besteht eine automationsunterstützte

Auswertungsmöglichkeit von Gerichtsverfahren, denen eine solche Fallkonstellation zu Grunde liegt.

Eine Beantwortung dieser Fragestellungen wäre nur im Rahmen einer bundesweiten händischen Erhebung durch Akteneinsicht und -auswertung möglich, was aufgrund des damit verbundenen massiven Erhebungsaufwandes nur im Rahmen einer (externen) wissenschaftlichen Studie leistbar wäre.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

